



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

23. Sitzung (öffentlich)

11. Januar 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Anstieg der Elternbeiträge für Kindertagesstätten stoppen

1

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2590

Nach ausführlicher Diskussion wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2590 mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion abgelehnt.

2 Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Nordrhein-Westfälische Wirtschaft bei der Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen unterstützen

8

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2579

Im Anschluss an eine ausführliche Diskussion wird der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/2579 mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

- 3 Sofortiges Einschreiten bei Kindeswohlgefährdung sichern - Handlungsstrategien für einen wirksamen Kinderschutz entwickeln** 10
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2722 - Neudruck
Vorlage 14/850
- Im Anschluss an eine Aussprache wird der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/2722 - Neudruck mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.
- 4 Zukunft für die Demokratie - Kinder und Jugendliche stärker beteiligen** 11
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2871
- Minister Laschet erstattet dem Ausschuss einen Bericht, dem sich eine Aussprache anschließt. Beschlüsse werden nicht gefasst.
- 5 Kein Wettbewerb ohne Spielregeln: Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Familienzentren klarstellen!** 17
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3175
In Verbindung damit:
Weiterentwicklung von Familienzentren
- Der Ausschuss verständigt sich nach ausführlicher Diskussion darauf, erst in seiner Sitzung am 22. März abschließend zu beraten.
- 6 Evaluierung neuer Modelle der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene** 20
- Der Ausschuss nimmt zum Thema des Tagesordnungspunktes einen kurzen Bericht des Innenministeriums entgegen. Eine Aussprache schließt sich an. Ein Beschluss wird nicht gefasst.

7 Sprachstandserhebungen: Unsinniges Verfahren und auch noch 60.000 Stunden Unterrichtsausfall 23

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2872

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag seiner Ausschussvorsitzenden einstimmig auf folgende Eckpunkte:

Der AGFI wird mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung mit der Maßgabe in Verbindung treten, in der Anhörung ebenfalls die Federführung zu haben.

Der AGFI wird sich beim Ausschuss für Schule und Weiterbildung ferner dafür einsetzen, dass die Anhörung - inklusive der zugesagten Berichte - im Herbst 2007 stattfindet.

8 Eckpunkte für ein nordrhein-westfälisches Jugendstrafvollzugsgesetz 25

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2875

In Verbindung damit:

Eckpunkte eines Jugendstrafvollzugsgesetzes für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2864

Der Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/2875 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/2864 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion bei Enthaltung durch die Grünen-Fraktion abgelehnt.

9 Verschiedenes

a) Initiative zum Jugendmedienschutz

b) Sitzungstermine am 1. Februar 2007

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seite 26 des Diskussionsteils.

Auch wenn sie nicht wirklich überzeugt sei, stimme sie einer Kompromisslösung mit Blick auf Ende 2007 zu, konzidiert **Andrea Asch (GRÜNE)**. Allerdings dürfe dann nicht das Argument angeführt werden, es sei noch zu früh für eine Auswertung der Anhörung.

Auf einen entsprechenden Einwurf von **Renate Hendricks (SPD)** teilt **Abteilungsleiter Schäfer** mit, das Haus habe Fachinformationen herausgegeben. Außerdem würden Multiplikatorenschulungen veranstaltet. Es wäre - vorbehaltlich einer hausinternen Abstimmung - möglich, den Ausschuss in seiner Sitzung Ende Februar über das Verfahren und weitere Einzelheiten zu unterrichten. Ende Mai/Anfang Juni werde es einen Bericht geben, mit welchen Auswirkungen die Erfahrungen in der Praxis gelaufen seien.

Der **Ausschuss** verständigt sich sodann auf Vorschlag seiner **Ausschussvorsitzenden** einstimmig auf folgende Eckpunkte:

Der AGFI wird mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung mit der Maßgabe in Verbindung treten, in der Anhörung ebenfalls die Federführung zu haben.

Der AGFI wird sich beim Ausschuss für Schule und Weiterbildung ferner dafür einsetzen, dass die Anhörung - inklusive der zugesagten Berichte - im Herbst 2007 stattfindet.

8 Eckpunkte für ein nordrhein-westfälisches Jugendstrafvollzugsgesetz

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2875

In Verbindung damit:

Eckpunkte eines Jugendstrafvollzugsgesetzes für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2864

Ausschussvorsitzende Andrea Milz teilt mit, beide Anträge - Drucksachen 14/2875 und Drucksache 14/2864 - seien vom Plenum nach Beratung am 16. November 2006 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss sowie zur Mitberatung in den hiesigen Ausschuss überwiesen worden. Der federführende Ausschuss beabsichtige, seine Beratungen möglichst schon in der nächsten Sitzung abzuschließen. Daher habe sie für die heutige Sitzung die abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum vorgesehen.

Der Antrag der Koalition sei exzellent und unzweifelhaft formuliert, legt **Walter Kern (CDU)** dar. Der Ausschuss könne sofort abstimmen.

Abstimmen könne der Ausschuss gerne, meint **Monika Düker (GRÜNE)**. Offensichtlich werde, dass sich die Koalition um eine Diskussion drücke. Die These vom „exzellenten Antrag“ treffe nicht. Die inhaltliche Debatte sehe sie im federführenden Ausschuss verortet.

Verfahrenstechnisch bemängelt sie, dass die Koalition einen Antrag vorlege, der die Landesregierung im Januar auffordere, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, aber bereits morgen neun andere Bundesländer ihre Gesetzentwürfe zum Jugendstrafvollzugsgesetz öffentlich vorstellten.

In Nordrhein-Westfalen herrschten in JVA's - Stichwort: JVA Siegburg und Siegen - dramatische Zustände. Während in dieser Situation neun andere Bundesländer einen fertigen Gesetzentwurf vorlegten, fordere die Koalition in Nordrhein-Westfalen die Landesregierung lediglich dazu auf, ein Eckpunktepapier für einen Gesetzentwurf zu präsentieren. Das sei nicht exzellent, sondern peinlich.

(Christian Lindner [FDP]: Es geht nicht um Geschwindigkeit!)

Auf das, was im Rahmen der Eckpunkte fehle, habe die Abgeordnete Seidl bereits im Plenum hingewiesen. Vor allem die Formulierung von Standards werde vermisst.

Der **Antrag** der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/2875 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Der **Antrag** der SPD-Fraktion Drucksache 14/2864 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion bei Enthaltung durch die Grünen-Fraktion **abgelehnt**.

9 Verschiedenes

a) Initiative zum Jugendmedienschutz

Die SPD-Fraktion habe seinerzeit erklärt, so **Thomas Jarzombek (CDU)**, bis zum Jahresende 2006 darstellen zu wollen, ob sie einer gemeinsamen Initiative beitreten wolle. Eine Entscheidung stehe noch aus. Die CDU-Fraktion würde eine Beteiligung der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßen. Bis zum 24. Januar sollten die Oppositionsfraktionen darstellen, unter welchen Bedingungen sie sich einbringen wollten.

Nach wie vor wolle sich seine Fraktion einbringen, erwidert **Wolfgang Jörg (SPD)**. Entsprechende Vorschläge würden eingereicht und seien informell sogar schon in der CDU-Fraktion angekommen.